

Landesversammlung  
Mittelstands-Union der CSU  
am 5. August 2023



# *Antragsbuch*

Redaktion:  
Mittelstands-Union der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München  
Telefon 089/1243-312  
[mu@csu-bayern.de](mailto:mu@csu-bayern.de)

# INHALT

Antrag Nr. 1	Keine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen <b>Antragsteller:</b> Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	Seite 3
Antrag Nr. 2	Sachleistungsprinzip endlich ermöglichen! <b>Antragsteller:</b> Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	Seite 5

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	5. August 2023
<p style="text-align: center;"><b>Antrag-Nr. 1</b> <b>Keine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen!</b></p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;"><b>Antragsteller:</b> Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu</p>	

0 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

1 **Und den nachfolgenden Antrag zum nächstmöglichen CSU-Parteitag stellen:**

2 **Die CSU grenzt sich als Rechtsstaats- und Freiheitspartei von allen politischen Kräften**  
3 **ab, die die Grundrechte des Grundgesetzes aushöhlen und eine Staats- und**  
4 **Gesellschaftsordnung errichten wollen, deren vorrangiges Ziel das Erreichen von**  
5 **abstrakten „Klimavorgaben“ mittels Verboten, Enteignungen und anderer massiver**  
6 **Grundrechtseingriffe ist. Die CSU fordert hierzu die Organe aller CSU-Verbände auf**  
7 **Bezirks-, Kreis- und Ortsebene auf, keine Koalitionen oder Bündnisse mit der Partei**  
8 **Bündnis 90/Die Grünen einzugehen und bereits bestehende Formen einer**  
9 **institutionalisierten Zusammenarbeit, gerade auch in kommunalen Gremien umgehend**  
10 **zu beenden.**

11 **Begründung:**

12 Die Kontroverse um das Gebäudeenergiegesetz (GEG – „Heizungsgesetz“) hat gezeigt, dass  
13 das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium und die von grünlinker Politik dominierte  
14 Bundesregierung bereit sind, gegen den Rat aller Experten und die massiven Bedenken  
15 namhafter Verfassungsjuristen, zum Nachteil von Millionen von Bürgern in deren Eigentum  
16 einzugreifen und dabei deren wirtschaftliche und finanzielle Existenz aufs Spiel zu setzen. Seit  
17 Jahren ist die Führung der grünen Partei nicht bereit, die massiven Zielkonflikte auch nur zur  
18 Kenntnis zu nehmen, die unweigerlich auftreten, wenn die Bundesrepublik Deutschland  
19 innerhalb eines Zeitraums von wenigen Jahren in einen „klimaneutralen“ Staat verwandelt  
20 werden soll. Die alleinige Fokussierung auf nationale Klimaziele, die international bzw. global  
21 mangels Gewicht Deutschland völlig bedeutungslos sind, trägt hochideologisierte,  
22 extremistische und totalitäre Züge und ist mit der verfassungsmäßigen Ordnung des  
23 Grundgesetzes und den in zahllosen Gesetzes verankerten Gemeinwohlbelangen nicht  
24 vereinbar. Die politischen Ziele und die Programmatik der Grünen schließen  
25 marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Konzepte aus und missachten die Freiheitsrechte  
26 der Bürger, vor allem das Recht auf Eigentum.

27 Kommunale Bündnisse zwischen der CSU und Bündnis 90/Die Grünen, wie sie nach 2020  
28 z.B. in Augsburg und anderen bayerischen Städten, aber auch auf Landkreisebene  
29 geschlossen wurden, sind von einem starken Übergewicht grüner Themen geprägt. Erreicht  
30 wurde dies zumeist durch einen von den Grünen durchgesetzten „Klima-Vorbehalt“, wonach  
31 alle kommunalen Projekte, vor allem neue Straßen und die Bautätigkeit insgesamt, jeweils  
32 unter dem Aspekt einer angeblichen „Klimaschädlichkeit“ zu betrachten sind. Auf diese Weise  
33 können alle von der CSU verfolgten und für unsere Wähler wichtigen Projekte ausgehebelt

34 werden. Ähnliches gilt auch für den Straßenverkehr: Gerade das Beispiel Augsburg zeigt, wie  
35 negativ sich schwarz-grüne Bündnisse auf die Mobilität auswirken, wenn wichtige  
36 Verkehrsachsen mit überbreiten Fahrradwegen lahmgelegt werden. Auch in der  
37 Ausländerpolitik setzten sich die Grünen und ihre Migrationslobby durch, indem  
38 Ausländerämter in „Welcome-Center“ verwandelt und der Vollzug von Ausweisungen zum  
39 Erliegen gebracht werden soll.

40 Die jüngsten Wahlumfragen belegen, dass die fehlende Abgrenzung der CSU gegenüber rot-  
41 grünen Parteien und die zahlreichen Bündnisse mit den Grünen auf kommunaler Ebene der  
42 CSU schaden und zu einer beängstigenden Zunahme der Zustimmungswerte für die AfD  
43 geführt haben. Dieser Trend kann nur umgekehrt werden, wenn unsere Wähler von der CSU  
44 wieder die Garantie erhalten, dass ihre Stimme für die CSU nicht in grüner Politik mündet.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	5. August 2023
<p style="text-align: center;"><b>Antrag-Nr. 2</b> <b>Sachleistungsprinzip endlich ermöglichen!</b></p>	<p><b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;"><b>Antragsteller:</b> Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu</p>	

45 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

46 **Die Bayerische Staatsregierung und alle nachgeordneten Behörden werden**  
47 **aufgefordert, alle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf**  
48 **Sachleistungen umzustellen und dazu anstatt Geldleistungen nur noch digital gestützte**  
49 **Wertgutscheine auszugeben, die nur noch eine personalisierte Beschaffung von Gütern**  
50 **des täglichen Bedarfs ermöglichen.**

51 **Ferner möge die Landesversammlung beschließen, diesen Antrag auch zum**  
52 **nächstmöglichen CSU-Parteitag zu stellen.**

53 **Begründung:**

54 Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass Asylbewerber, geduldete und  
55 ausreisepflichtige Ausländer neben der Unterbringung grundsätzlich nur Sachleistungen  
56 erhalten sollen. Ausnahmsweise sollen Geldleistungen ausgezahlt werden, wenn  
57 Sachleistungen zu einem unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand führen. Dieser  
58 Verwaltungsaufwand könnte aber durch Einführung einer digitalen Chipkarte auf ein Minimum  
59 reduziert werden. Seit mehreren Jahren sind digitale Bezahlsysteme auf dem Markt, die sich  
60 auf den Erwerb bestimmter Güter programmieren lassen. Eine entsprechende Chipkarte  
61 könnte so, einsetzbar in allen gängigen Einzelhandelsgeschäftigen, für den Erwerb von  
62 Lebensmitteln, natürlich versehen mit einer täglichen, auf den Bedarf einer Person bezogenen  
63 Obergrenze ausgegeben werden. Der Kauf von Tabak, Alkohol und anderen tauschfähigen  
64 Gütern könnte technisch ausgeschlossen werden.

65 Auf diese Weise würden Anreize für Zehntausende Menschen reduziert, in Deutschland  
66 aufgrund der hierzulande EU-weit höchsten Geldleistungen Asyl zu beantragen und die  
67 ausgezahlten Geldleistungen teilweise in die Heimatländer zu transferieren.